



## Suchergebnisse: Bewilligung

### 8. September 1625 – Vermögen wird zur Voraussetzung für die Niederlassung

München - Au - Lohe - Haidhausen \* Kurfürst Maximilian I. erschwert durch ein Dekret die Errichtung neuer Häuser und macht die Niederlassung vom Vermögen der Zuziehenden abhängig. Damit soll verhindert werden, dass mittellose Neuankömmlinge die örtliche Armenversorgung belasten. Die Aufnahmebestimmungen verlangen zunächst eine gerichtliche Bewilligung, anschließend die Zustimmung der örtlichen Verwaltung. Wer eine Herberge – einen eigenen Wohnteil innerhalb eines Hauses – erwerben kann, hat bessere Aussichten auf Aufnahme. Auch der Verkauf einer Herberge bedarf einer Genehmigung. Üblicherweise wird er nur erlaubt, wenn der Verkäufer eine andere Herberge erwirbt und einen ausreichend vermögenden Käufer benennt. Die Behörden wollen verhindern, dass der Verkaufserlös aufgebraucht wird und die Beteiligten anschließend auf Armenunterstützung angewiesen sind. Wer seine Herberge aufgibt, ohne eine neue zu erwerben, muss die Au mit seiner Familie verlassen. Vor einer Heirat ist außerdem nachzuweisen, wie der Unterhalt der künftigen Familie gesichert werden soll.

### 21. Oktober 1669 – Der Kleinwirt erhält die Bewilligung zum Ausschank von Braunbier

Haidhausen \* Der Kleinwirt und Mesner Georg Pockmayer von Haidhausen erhält durch Kurfürst Ferdinand Maria die Bewilligung zum Ausschank von Braunbier. Allerdings muss er seinen Gerstensaft ausschließlich von den Münchner Brauern beziehen.

### 12. Februar 1738 – Clemens August drängt auf die Ordinariatsbewilligung

Berg am Laim \* Kurfürst und Erzbischof Clemens August von Köln wendet sich an seinen in Freising residierenden Bruder Johann Theodor. Mit „nicht geringer Befremdung“ weist er darauf hin, dass die für die bevorstehende Grundsteinlegung notwendige Ordinariatsbewilligung noch immer aussteht. Das Schreiben verdeutlicht die wachsende Ungeduld des Bauherrn. Ohne die Zustimmung des Freisinger Ordinariats kann das Bauvorhaben nicht wie geplant voranschreiten, sodass sich die Vorbereitungen für die Grundsteinlegung weiter verzögern.

### 1745 – Legalisierung des Bierverkaufs der Paulaner



Au \* Der Tannenwirt in der Au erhält die obrigkeitliche Bewilligung zum Ausschank des Paulaner-Biers. Damit ist für die brauenden Mönche der erste Schritt für eine Legalisierung ihres Bierverkaufs erreicht.

## **12. Juli 1808 – Staatliche Vorschriften zur Verehelichung**

München - Königreich Baiern \* In einer erlassenen Verordnung zur Beförderung der Heiraten auf dem Lande wird die Verehelichung von der Bewilligung der ordentlichen Polizeiobrigkeit des Ortes abhängig gemacht, wo die Heiratenden mit hinreichender Aussicht auf ihre Nahrung den Wohnsitz nehmen. Damit wird den Gemeinden auch in Fragen der Verehelichung die Mitwirkung entzogen. Zusätzliche Haftungsbestimmungen gegenüber den entscheidenden Beamten schränken die Wirksamkeit der Verordnung stark ein. Sollte sich die Familie doch nicht selbst ernähren können, fällt der Unterhalt der genehmigenden Behörde zur Last. Wenn Geistliche eine Eheschließung ohne die vorherige staatliche Heiratsbewilligung vornehmen, haften sie für Schäden und Kosten, welche hieraus irgendeiner Gemeinde zuwachsen. Eheschließungen außerhalb Baierns werden für ungültig erachtet und sind strafbar.

## **18. September 1837 – König Ludwig I. legt sich mit der Stände-Versammlung an**

München-Kreuzviertel \* König Ludwig I. argumentiert vor der Stände-Versammlung so: „Die Verfassungsurkunde räumt den Ständen keineswegs das Recht ein, die einzelnen Positionen der Einnahmen und Ausgaben unabänderlich mit verbindender Kraft für die Regierung festzustellen, nur zum Zwecke der Steuerbewilligung wird denselben das Budget vorgelegt; ein Finanzgesetz ist in der Verfassung nicht vorgeschrieben, sondern nur durch eine gezwungene Interpretation ist die bisherige Übung eingeführt worden. Zwingen lasse ich mich nicht, dafür meyne ich, sollte ich zu gut bekannt seyn. [...]“. Die Kammer der Abgeordneten wollte einen derartigen Angriff des Königs freilich nicht akzeptieren und selbst die Kammer der Reichsräte ist von den Argumenten des Innenministers Oettingen-Wallerstein überzeugt. Es kommt, was kommen musste: wer dem König nicht nach dem Mund spricht, hat mit Sanktionen zu rechnen, weshalb Ludwig I. seinen liberal geltenden Innenminister Ludwig Fürst zu Oettingen-Wallerstein am 4. November 1837 entlässt.

## **2. Mai 1883 – Eduard Theodor Grützner lässt sich am Praterbergl eine Villa bauen**

München-Haidhausen \* Eduard Theodor Grützner lässt sich am Praterbergl, in der heutigen



Grütznerstraße 1 und schon damals in unmittelbarer Nähe zum Maximilianeum gelegen, eine Villa durch den renommierten Architekten Leonhard Romeis erbauen. Das ist zwei Jahre bevor sich Franz von Lenbach durch Gabriel von Seidl sein Palais errichten lässt. Nun erhält er von der Lokalbaukommission die allgemein vorgeschriebene Wohnbewilligung erteilt, die eine ausreichende Wohnqualität sicherstellen soll, was bei diesem Bauherrn freilich nur eine Formalie darstellt.

### 11. September 1896 – Der Kunstsaustall der Schwanthaler Bagage

München-Ludwigsvorstadt \* Gut zwei Wochen vor der Eröffnung des Deutschen Theaters und der Schwanthaler Passage steht das Unternehmen am Rande des Bankrotts. Eine Gläubigerversammlung mit rund 120 Handwerkern und Lieferanten mahnt ihre ausstehenden Zahlungen an. Theaterdirektor Alexander Blum schafft es gerade noch, die Gläubiger zu einem Stillhaltabkommen zu überreden und sie für sechs Monate von Pfändungen abzuhalten. Denn wenn der Theaterbetrieb erst einmal laufen würde, so argumentiert der optimistische Theaterdirektor, dann wären auch alle finanziellen Probleme gelöst. Doch nur wenige Stunden vor der Premiere muss er eine größere Summe Geld auftreiben, weil der Lieferant der roten Teppiche im Foyer ansonsten mit einem Skandal droht. Zum Glück gibt es aber im Hintergrund noch den reichen Kommerzienrat Friedrich Haenle, der für sechzig Prozent aller offen stehenden Forderungen eintreten will. Dieses Angebot führt allerdings in der Familie des Unternehmers zu Überlegungen, den Patriarchen „entmündigen“ zu lassen, um dadurch weiteres Unheil zu verhindern. Aber nicht nur die verschwenderische Ausgestaltung der Schwanthaler Passage bringt die Unternehmung an den Rand des Desasters. Theaterdirektor Alexander Blum hat auch beim Künstlerpersonal kräftig hingelangt. Neben dem üppig besetzten Schauspieler-Ensemble leistet er sich ein mit fünfzig Musikern besetztes Orchester und ein stattliches Ballett: 36 Tänzerinnen, 16 Tänzer, 48 Figurantinnen und 60 Komparsen gehören zum festengagierten Stammpersonal. Weil aber Direktor Blum schon zwei Monate vor der Premiere kein Geld mehr für Gagen besitzt, müssen die Proben abgesagt werden. In München machen die Probleme des neuen Theaters schnell die Runde. Für die hiesigen Lästermäuler wird aus der Schwanthaler Passage ganz schnell die „Schwanthaler Blamage“, während man die Betreiber des Etablissements als „Schwanthaler Bagage“ verhöhnt. Die erzkonservative Zeitung Das Bayerische Vaterland blickt sowieso mit Schaudern auf die Programmankündigung des Unterhaltungstempels an der Schwanthalerstraße und sieht schon dadurch die „moralischen Grundsätze des christlichen Abendlands“ als gefährdet an. Die Zeitung befürchtet, dass es sich bei dem neuen Theater um ein „Institut für moralische Schweinezüchterei“, ja sogar um einen „Kunstsaustall“ handelt. Neben der veröffentlichten Meinung bereiten aber auch die



genehmigenden staatlichen Behörden dem Theaterdirektor Alexander Blum große Probleme, indem sie ihm zunächst „die ortspolizeiliche Produktionsbewilligung für theatralische Vorstellungen“ verweigern. Im Hintergrund agiert hier der einflussreiche Münchner Hoftheaterdirektor Ritter Ernst von Possart, der in dem neuen Theater in der Schwanthaler Passage eine „dauernde schwere Schädigung der materiellen Interessen der königlichen Hofbühne“ sieht. Aber nicht nur die Angst vor einer unliebsamen Konkurrenz, die den Hoftheatern die Zuschauer abspenstig machen könnten, sondern auch eine tief empfundene Abneigung gegen alles Moderne bringen Ritter Ernst von Possart gegen das neue Theater in Rage. Der den Traditionalisten angehörende Hoftheaterintendant pflegt auf seinen Hofbühnen einen antiquierten, stark verstaubten Stil, der kaum mit dem zeitgenössischen Theater der Naturalisten zu vereinbaren ist.

---

#### **4. August 1914 – Die „Kriegskredite“ werden auch von der SPD bewilligt**

Berlin \* Mit 96 zu 14 Stimmen beschließt die SPD-Reichstagsfraktion die Bewilligung der Kriegskredite. Hugo Haase, der stellvertretende Vorsitzende der SPD und Kriegskreditgegner, gibt - gegen seine Überzeugung - die Erklärung ab: „Wir lassen das Vaterland in der Stunde der Gefahr nicht im Stich“. Kaiser Wilhelm II. gibt daraufhin seine ebenso berühmte Antwort: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche“.

---

#### **1. März 1928 – Josephine Bakers Wiener Auftritt wird verlegt**

Wien \* Unter dem Eindruck der öffentlichen Proteste erhält das Ronacher keine behördliche Bewilligung für die angekündigte Josephine-Baker-Show. Veranstalter und Management finden schließlich einen Kompromiss: Baker tritt nicht mit einer eigenen Soloshow auf, sondern wirkt sechs Wochen lang in der eigens zusammengestellten Revue „Schwarz auf Weiß“ im Johann-Strauß-Theater mit. Die Revue feiert am 1. März 1928 vor ausverkauftem Haus Premiere. Baker ist nur in einigen der insgesamt 42 Bilder zu sehen – ihre Auftritte bilden jedoch den Höhepunkt des Abends.